

schließlich durch Krankenhäuser auf die Dauer nicht beibehalten lassen.

Zu unterscheiden ist in der gegenwärtigen Diskussion zwischen den privatwirtschaftlich geführten Diagnose-Kliniken nach Art der deutschen Mayo-Klinik und medizinisch-technischen Zentren, wie sie der DGB vorschlägt, die von den Benutzern gemeinsam betrieben werden und die erhobenen Befunde dem behandelnden Arzt zur Verfügung stellen sollen.

Auf der Basis sozialdemokratischer Gesundheitspolitik bin ich der Meinung, daß privatwirtschaftliche Einrichtungen keine öffentliche Förderung erhalten sollen, und daß Diagnose-Einrichtungen nur im Zusammenhang mit Behandlungsmöglichkeiten ärztlich sinnvoll sind.

Als eine Lösungsmöglichkeit sehe ich interdisziplinäre Aufnahmeabteilungen in entsprechend ausgestatteten Krankenhäusern. Sie sollten in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhausärzten Möglichkeiten der ambulanten Behandlung bieten.

F.D.P.: Keine Sozialisierung des Gesundheitswesens!

Die F.D.P.-Fraktion begrüßt prinzipiell die Diskussion über die Leistungsfähigkeit und Möglichkeiten der Verbesserung und Intensivierung der medizinischen Versorgung. Das Bestreben und die Forderung, unser durchaus effizient arbeitendes Gesundheitswesen noch leistungsfähiger zu gestalten, muß jedoch an Zielfunktionen orientiert werden, die klar definiert sein müssen:

1. Individuelle Behandlung jedes Einzelfalles.
2. Gleichmäßige Betreuung aller Bevölkerungsteile und -schichten im Ballungsgebiet und im ländlichen Raum.
3. Anwendung organisatorischer und technischer Systeme, die eine möglichst kostengünstige Durchführung der medizinischen Versorgung erlauben und dem neuesten wissenschaftlichen Stand entsprechen.

Die immer differenzierter werdenden Krankheitsbilder, hervorgerufen durch die Gegebenheiten unseres arbeitsteiligen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens bedingen die individual-medizinische Betreuung. Diagnose und Therapie müssen dabei ineinandergreifen.

Diesem Erfordernis wird beispielsweise durch die Arbeit in Gruppenpraxen Rechnung getragen. Damit scheint ein neuer Weg beschritten zu werden, der die umfassende persönliche Betreuung durch den Arzt oder unter ärztlicher Aufsicht bei Anwendung modernster Techniken ermöglicht. Für den Arzt ergibt sich die Möglichkeit der Spezialisierung und die Zusammenarbeit mit ebenfalls spezialisierten Ärzten. Als Rationalisierungseffekt fällt ein hoher Nutzungsgrad hochwertiger Geräte ab.

Aus diesen Gründen befürwortet die F.D.P.-Fraktion die freiwillige Bildung von Gruppenpraxen. Auf dieser Basis und bei freier Wahl des Arztes wird die Weiterentwicklung und Erprobung neuer Formen der medizinischen Betreuung gefordert, die eine umfassende ärztliche Betreuung bei der Diagnose, der Therapie und der Rehabilitation ermöglichen.

Porträt der Woche

Es ist schon viele Jahre her. Es war an einem Abend in der „Kachelstube“ im „Zweibrücker Hof“ in Düsseldorf. In einem kleinen Kreis geladener Journalisten sprach Dr. Josef Hofmann über seine schul- und hochschulpolitischen Vorstellungen. Die Fragen und Antworten gingen lebhaft hin und her. „Mensch“, sagte nachher auf dem Heimweg ein Kollege zu mir, „ich hätte gar nicht gedacht, daß der Hofmann so aufgeschlossen ist. Ich habe ihn immer für stockkonservativ gehalten.“ Der Kollege kannte den ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten erst seit kurzer Zeit.

„Konservativ“ hält Hofmann im übrigen gewiß nicht für ein Schimpfwort. Für ihn bedeutet konservativ nur, nicht alles, was sich hochfahrend für „neu“, „modern“ oder „progressiv“ ausgibt, ungeprüft und unkritisch auch für wirklich fortschrittlich zu halten – zum Wohl und wahren Fortschritt des Menschen.

Dr. Hofmann vollendete vor kurzem sein 75. Lebensjahr. Am 2. Oktober 1946 zog er als damals noch ernannter Abgeordneter in den Landtag ein, dem er ununterbrochen bis 1970 angehörte. Nahezu 20 Jahre war er Vorsitzender des Kulturausschusses. Von „Beruf und Leidenschaft Journalist“, wie er selbst von sich sagt, war er vor dem letzten Kriege Redakteur bei der „Osnabrücker Zeitung“, der „Kölnischen Volkszeitung“ und nach deren Verbot durch die Nazis bei der „Kölnischen Zeitung“.

1946 gründete er mit Freunden, darunter der verstorbene ehemalige Landesminister Johannes Ernst, die „Aachener Volkszeitung“, deren Mitherausgeber und Geschäftsführer er heute ist. 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der CDU. An dem Entwurf der „Kölner Leitsätze“, dem ersten Programm der Union, war er maßgeblich beteiligt. Alle Ämter und Ehrungen von Dr. Hofmann aufzuführen, dazu würden die wenigen zur Verfügung stehenden Spalten kaum ausreichen.

Ein großer Rhetoriker war Hofmann nie. Aber wenn er sprach, hatte er immer etwas zu „sagen“, kenntnisreich und sachbezogen. Dabei konnte er gelegentlich auch ein wenig „giftig“ werden, ohne jedoch jemals jemanden persönlich zu verletzen. Er fand immer wieder zu seiner besonnenen und ausgebalancierten Art zurück. Hofmann hatte auch die hohe Gabe des Zuhörens. Ihn



Dr. Josef Hofmann (CDU)
Mitglied des Landtags von 1946 bis 1970
und ehemaliger Vorsitzender des
Kulturausschusses

zeichnet zudem ein Sinn für den feinen Humor aus. Die Kellner im Landtag bezeichnen ihn als einen bescheidenen und gern gesehenen Gast. Noch heute kreuzt Dr. Hofmann gelegentlich im Landtag auf, um seine Memoiren im Archiv zu ergänzen.

Durch die unparteiische Führung seines Amtes als Vorsitzender des Kulturausschusses und auch später als kulturpolitischer Sprecher der CDU-Opposition hat sich Hofmann bei den Parlamentariern aller Fraktionen Achtung erworben. Kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Landtag dankte SPD-Abgeordneter Simelka für die sachliche Zusammenarbeit. Wörtlich sagte Simelka: „Sie waren vor allem uns jungen Abgeordneten immer ein Vorbild im Hinblick auf sachliche und loyale Mitarbeit, auch in der Rolle eines Oppositionssprechers.“

Hofmann hat sich immer – zu seiner Zeit selten – dagegen gewehrt, den Begriff Kultur zu eng als Schul- oder Hochschulpolitik zu begreifen. Zur Kultur gehörten für ihn auch Erwachsenen- und Berufsausbildung, Theater, Museen und Bibliotheken. Er war auch der erste, der sich bereits vor vielen Jahren dafür aussprach, die Errichtung von Hochschulbauten durch vorfabrizierte Bauteile schnell und billig voranzutreiben. Heute ist dies eine Selbstverständlichkeit.

Wer über den Menschen und Politiker Dr. Josef Hofmann schreibt, darf dies nicht verschweigen: seine dynamischen Impulse für sein menschliches, journalistisches und politisches Engagement empfängt er zuerst und letztlich aus seinem weltoffenen, tiefverwurzelten Glauben. Christ sein ist für ihn kein Zustand, sondern eine dauernd zu erfüllende Aufgabe und Verpflichtung.

Paul Zugowski